



Detailansicht des Registereintrags

FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk, Sektion der Bundesrepublik Deutschland (FIAN Deutschland)

Aktuell seit 10.02.2026 11:24:24

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001249
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	10.02.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	06.05.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Gottesweg 104 50939 Köln Deutschland Telefonnummer: +4922147449110 E-Mail-Adressen: info@fian.de Webseiten: https://www.fian.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge,
Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

40.001 bis 50.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. em. Dr. Friederike Diaby-Pentzlin**
Funktion: Vorsitzende
2. **Janina Reimann**
Funktion: stellvertretende Vorsitzende
3. **Maren Staeder**
Funktion: Schatzmeisterin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Philipp Mimkes**
2. **Roman Philipp Herre**
3. **Almudena Abascal Sánchez de Molina**
4. **Marian Jonas Henn**
5. **Insa Heinke**
6. **Gertrud Falk**
7. **Jan Dreier**
8. **Prof. em. Dr. Friederike Diaby-Pentzlin**

Gesamtzahl der Mitglieder:

1.380 Mitglieder am 31.12.2024, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (17):

1. Corporate Accountability - Netzwerk für Unternehmensverantwortung (CorA)
2. Forum Menschenrechte
3. Forum Umwelt und Entwicklung
4. Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe (VENRO)
5. FoodFirst Information and Action Network (FIAN International)
6. Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien
7. Runder Tisch Zentralamerika
8. Koordinationskreis ILO 169
9. Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung"
10. Treaty Alliance Deutschland
11. Initiative Lieferkettengesetz
12. Trägerverein des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR)
13. Adivasi Koordination
14. Arbeitskreis Welternährung
15. Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK)

- 16. AK Rohstoffe
- 17. Nationale Armutskonferenz

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabensbereiche

Interessen- und Vorhabensbereiche (14):

Menschenrechte; Außenwirtschaft; Entwicklungspolitik; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Artenschutz/Biodiversität; Klimaschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Bank- und Finanzwesen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

FIAN Deutschland setzt sich für die Verwirklichung und Förderung von Menschenrechten ein, insbesondere für das Menschenrecht auf angemessene Nahrung und andere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, wie sie im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verfasst sind, den Deutschland ratifiziert hat.

Zur diesem Zweck, tritt FIAN an Bundestagsabgeordnete und Regierungsmitglieder heran.

Konkrete Anlässe sind geplante Gesetze, Richtlinien, Strategien, die die o.a. Menschenrechte betreffen. Weitere Anliegen sind Positionierungen der Bundesregierung in UN-Verfahren zu neuen internationalen Menschenrechtsdeklarationen und -konventionen. FIAN tritt auch in konkreten Einzelfällen von Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern an Bundestag und Bundesregierung heran, damit diese alle Möglichkeiten ausschöpfen, diese Rechtsverletzungen zu beenden und den Betroffenen Wiedergutmachung zukommen zu lassen.

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, Bundesgesetzblatt Jahrgang 2021 Teil I Nr. 46

Beschreibung:

Der Finanzsektor soll vom Anwendungsbereich des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes nicht ausgeschlossen werden. Dazu soll die Handreichung des BAFA zum Kredit- und Versicherungswirtschaft geändert werden.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 495/21 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz - LkSG)

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Menschenrechte [[alle RV hierzu](#)]; Öffentliches Recht [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [[alle RV hierzu](#)]

2. Übertragung der EU-Richtlinie zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten (EU CSDDD) in deutsches Recht**Beschreibung:**

Die am 24. Mai 2024 von der EU beschlossene Richtlinie EU Corporate Sustainability Due Diligence Directive (EU CSDDD) muss innerhalb von zwei Jahren in deutsches Recht übertragen werden. Voraussichtlich wird dazu das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) entsprechend angepasst. FIAN setzt sich dafür ein, dass die Anforderungen des LkSG an Unternehmen im Rahmen dieser Anpassung nicht abgeschwächt werden,.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/3814 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Abgestimmtes Zusammenspiel nationaler, europäischer und internationaler Regelungen unternehmerischer Lieferkettensorgfaltspflichten

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/14185 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Bericht über die Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland - (Berichtszeitraum Juli 2023 bis Juni 2024)

Betroffenes geltendes Recht:

[LkSG](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Menschenrechte [[alle RV hierzu](#)]

3. UN-Pakt zu Wirtschaft und Menschenrechten (UN-Treaty)**Beschreibung:**

Der UN-Pakt zu Wirtschaft und Menschenrechten wird seit 9 Jahren im UN-Menschenrechtsrat verhandelt. <https://www.ohchr.org/en/business-and-human-rights/bhr-treaty-process> Er zielt auf den weltweiten Schutz vor menschenrechtsverletzendem Handeln von Wirtschaftsunternehmen. FIAN Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung sich aktiv und befürwortend an den Verhandlungen bei den UN beteiligt und sich im europäischen Rat dafür einsetzt, dass die EU ein Mandat für die aktive und befürwortende Teilnahme an diesen Verhandlungen erhält.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/270 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Jahresbericht 2020

Interessenbereiche:

Menschenrechte [[alle RV hierzu](#)]

4. Verordnung über ein Verbot der Ausfuhr bestimmter Pflanzenschutzmittel

Beschreibung:

In Deutschland produzieren Wirtschaftsunternehmen Pflanzenschutzmittel, deren Anwendung in der EU verboten ist. Diese Pflanzenschutzmittel werden exportiert und führen in den Ländern, in denen sie angewendet werden zu schweren Erkrankungen der Bevölkerung. Das angestrebte Regelungsvorhaben soll den Export solcher Pflanzenschutzmittel verbieten. Der Referentenentwurf wird aber von der Bundesregierung zurückgehalten. FIAN setzt sich dafür ein, dass die geplante Verordnung so formuliert und beschlossen wird, dass Exporte solcher Pestizide künftig verboten sind und dadurch das Menschenrecht auf Gesundheit geschützt wird.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/9934 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 27. Dezember 2023 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/9572 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Antrag der Abgeordneten Ina Latendorf, Cornelia Möhring, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. - Drucksache 20/8953 - Keine Doppelstandards bei giftigen Chemikalien - Exportverbot für nicht zugelassene Pflanzenschutzmittel

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu];

Menschenrechte [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

- Engagement Global aus Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Ko-Finanzierung eines Projekts zur entwicklungspolitischen Bildung.

2. **Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW aus Mitteln des Landes Nordrhein Westfalen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Bonn

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Ko-Finanzierung eines Projekts zur entwicklungspolitischen Bildung.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

310.001 bis 320.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **Privat**

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Spende

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

100.001 bis 110.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Jahresbericht_24_final.pdf

Eigener Verhaltenskodex

Leitbild-FIAN-Deutschland.pdf